

Kreativität, Autonomie und Austerität

Gero Fischer

Die Doppelministerin (auch für das Bildungswesen zuständig) hat in einem denkwürdigen Fernsehauftritt am 15.45. 2014 mehr Kreativität eingefordert. Sie verstand ihre Wortmeldung allerdings nicht als didaktischen Input sondern vielmehr als Aufruf, den Mangel an Ressourcen durch die geplanten Kürzungen um ca 120 Millionen im Bildungsressort in diesem und im kommenden Jahr im Rahmen der Schulautonomie zu bewältigen.

Vorbemerkungen

Der Kontrollverlust der Politik über die Finanzwirtschaft, dazu haarsträubende politische Fehler, Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit, Schlendrian und bewusstes Ignorieren sich ankündigender fataler ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen und nicht zuletzt die Verstaatlichung von Schulden, die Banken in ihrem Expansionswahn aufgehäuft haben, etc. ... dieses politökonomische Gesamtdebakel führte neoliberalen Politikvorstellungen folgend zu einer Austeritätspolitik¹, die in erster Linie die Finanzmärkte beruhigen soll und deren Kosten der Staat, d.h. jeder einzelne die Verluste zu tragen hat. Nach dem Motto „Jeder muss sein Scherflein beitragen“ trifft es eben auch das bisher schon nicht gerade üppig dotierte Bildungswesen. Die zuständige Ressortleiterin versucht aufkeimende Proteste vorsorglich mit der Parole „Den Kindern wird nichts genommen“ und Appellen an „Kreativität“ und „Autonomie“ einzudämmen. Das soll nicht unwidersprochen bleiben.

„Kreativität“

Als die Universitäten „in die Unabhängigkeit entlassen“ wurden, so hat dieser Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung in erster Linie bedeutet Mangelmanagement auf der Basis der universitärer Autonomie: Die Rektoren dürfen sich seither den Kopf zerbrechen, wie sie die Mängel so verteilen, dass in Forschung wie in der Lehre der geringste Schaden entsteht. So etwas schwebt offenbar auch der Leiterin für das Unterrichtsressort vor, so hat sie in dem besagten TV-Auftritt das das Wort „Kreativität“ auffällig oft strapaziert, die Botschaft sollte sein: Es wird nicht so schlimm, wenn alle – Schulleitungen und Lehrkörper – sich „kreativ“ und „autonom“ überlegen, wie das Sparziel erreicht werden kann, wobei bei gleicher Qualität weniger Ressourcen verbraucht werden als bisher.

„Autonomie“

Die Schulen selbst können intern „kreativ“ umschichten und z.B. neue Ressourcen schonende Didaktiken anwenden, Schulklassen zusammenlegen (pro Klasse statt 15 Schüler 30 +)², so könnten – wie schon vor einigen Legislaturperioden – von einzelnen Unterrichtsgegenständen Stunden weggekürzt werden oder z.B. ein ganzer Gegenstand (z.B. Physik oder Geschichte, etc.) ein Jahr oder länger nur ein- statt zweistündig udergl. geführt werden. Vieles ist dabei jedoch reine Theorie, Es ist Allgemeingut, dass im Informatikunterricht ein Arbeiten mit größeren Gruppen auf Grund der Ausstattung der betreffenden Arbeitsräume nicht wirklich sinnvoll (die Ressortleiterin kennt keine Schule, wo dieser Mangel auftritt, diese Wissenslücke könnte leicht empirisch gestopft werden), es sei denn man erfindet eine „kreative“ Methode, die es vertretbar macht, dass sich zwei Schüler einen PC teilen.

¹Vgl. u.a.: Paul Krugmann: Austerität: Der Einsturz eines Glaubensgebäudes.

<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/juli/austeritaet-der-einsturz-eines-glaubensgebaeudes> (Zugriff 16.4.2014)

Mark Blyth: Austerity: The History of a Dangerous Idea. Oxford, 2013

² Aus PISA kann sogar (wie andere widersprüchliche Aussagen auch) abgeleitet werden, dass die Klassenschülerzahlen für den Lernerfolg gar nicht so relevant sind, als Beispiel wird gerne Japan angeführt, nur wird dabei gerne unterschlagen, dass das dortige gigantische Nachhilfewesen die Defizite ausgleicht.

„Den Schülern wird nichts weggenommen“

Das ist nur oberflächlich so, in Wirklichkeit nehmen die geplanten Sparmaßnahmen selbstverständlich den Schülern gar nicht so wenig weg: Nämlich die Qualität des Unterrichts und das in mehrfacher Hinsicht: Auf Grund von notwendig werdenden Stundenkürzungen werden einige Gegenstände nicht mehr so unterrichtet werden können wie sie eigentlich sollten. Selbst wenn die Stunden (eines Unterrichtsgegenstandes) in einen Pool zusammengelegt und als (geblockter) Kurs organisiert werden, so bleibt die lineare Kürzung trotzdem spürbar – als Defizit gegenüber dem Normalzustand. Weiters kann unter Umständen auch das Angebot von Wahl- und Freifächern betroffen sein, d.h. dass Gegenstände aus dem Angebot verschwinden.

Worüber die Ressortministerin nicht gesprochen hat, was aber ganz evident ist, sind die betroffenen Lehrer; insbesondere diejenigen, welche Korrekturfächer unterrichten, werden die Hauptleidtragenden sein: Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob statt 15 Schularbeiten, Tests, Hausübungen etc. die doppelte Menge zu bewältigen ist. Wenn eine Folge der Austeritätsmaßnahmen sein sollte, dass die Korrekturen nicht mehr in gewohnten Qualität und Intensität wie bisher erfolgen, so sollte man sich ob der erheblichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nicht wundern.

Schlussbemerkungen

Die Performance der Bildungspolitik ist erbärmlich und feige zugleich und zeigt ihrerseits von „Kreativität“ keine Spur: Es ist bekannt, dass der bürokratische Überbau im österreichischen Schulwesen erheblich ist und leicht Einsparungen erlaubt, ohne dass Einbußen an Qualität der Tätigkeit der betroffenen Institutionen³ spürbar und merkbar würden. Da aber diverse Machtinteressen – nämlich mächtigere als die der Lehrgewerkschaft – betroffen wären, wird Einfachheitshalber die Last der Einsparungen auf die Schulen, Schüler und Lehrer überwältigt.

Konnte Österreich mit 18,8% der öffentlichen Ausgaben für Bildung (inklusive Hochschulwesen) schon bisher mit Ländern wie Deutschland (21,4%), Schweiz (19,5%), nicht Schritt halten, so wird sich dieser Abstand noch weiter vergrößern. Die Bilanz sieht auch entsprechend aus: 25% der 15-Jährigen sind des Lesens unfähig, fast eine Million Personen Halb-/Analphabeten, ca die Hälfte der über 400 000 Arbeitslosen haben nur die Pflichtschulabschluss, die Akademikerquote liegt in Deutschland 28%, in der Schweiz 34 und in Österreich 16,8 %, usw.

Joachim Riedl fasst dieses Debakel der Regierungsbilanz der ersten 100 Tage wie folgt zusammen: „Verantwortlich dafür ist nicht allein die personelle Inkompetenz oder die himmelschreiende Unprofessionalität, mit der im Finanzdebakel der Kärntner Pleitebank herum dilettiert wird und wurde. Das ist nur das peinliche Stegreiftheater, das die gähnende Inhaltsleere verdeckt, die sich hinter dem garstigen Anblick auftut. Diese Regierung verfügt über keinen Plan für ihre Arbeit, ihr Programm ist ein Friedhof hohler Phrasen, zusammengeschnitten im mühsamen Interessensabgleich zweier ausgelaugter politischer Vehikel, die noch immer glauben, von längst verblasster Größe zehren zu können.“⁴

Dem ist nichts hinzuzufügen.

April 2014

³ Institutionen (wie z.B. die Landesschulräte), deren Funktion und Sinn schon längst hinterfragt gehörte.

⁴ Joachim Riedl: Regierungsbilanz: 100 Tage Ungeschick. In: Zeit, Nr. 15/ 3.4. 2014

<http://www.zeit.de/2014/15/regierung-bilanz-oesterreich>